



**Geschäftsführung
Ausschuss Kunst und Kultur**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 27.05.2015

Niederschrift

über die **6. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 28.04.2015, 15:35 Uhr bis 21:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Karin Reinhardt	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Frau von Brigitta Bülow	GRÜNE
Herr Peter Sörries	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Traeder	AfD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Andreas Henseler	Freie Wähler Köln
Herr Prof. Hans-Georg Bögner	SPD
Frau Anke Brunn	SPD
Herr Manfred Post	SPD
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	CDU

Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	CDU
Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Sebastian Tautkus	DIE LINKE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Herr Ludwig von Rautenstrauch	
Herr Dr. Ulrich Krings	Für die Denkmalpflege sachkundiger Bürger
Herr Turan Özkücük	Integrationsrat
Herr Dr. Manfred Wegner	Seniorenvertretung
Frau Ute Palm	Behindertenvertretung

Verwaltung

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Frau Katia Baudin	Museum Ludwig
Herr Dr. Ulrich Fischer	Historisches Archiv
Frau Barbara Foerster	Kulturamt
Herr Michael Lohaus	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Dr. Werner Jung	NS-Dokumentationszentrum
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Herr Michael Troost	Museumsreferat
Herr Dr. Thomas Werner	Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege

Gast

Herr Neugebauer	Hempel Ingenieure GmbH
-----------------	------------------------

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat Kunst und Kultur
------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Marco Malavasi	SPD
Frau Dr. Heike Otto	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
Herr Jochen Saurenbach	Stadt AG LST

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach entschuldigt sich für die teilweise verspätete postalische Zustellung der Ausschussunterlagen, die dadurch zu den Terminen einiger Arbeitskreise in den Fraktionen und zum Ausschuss nicht pünktlich vorgelegen haben..Gleichzeitig merkt sie an, dass der Rat im März 2013 in seiner Geschäftsordnung

(§ 2 Absatz 5 in Verbindung mit § 38 Absatz 1a) festgelegt habe, dass Beschlussvorlagen und Anträge mindestens 6 Werktage vor der Sitzung zuzustellen seien. Der Geschäftsanweisung für Gremienarbeit sei außerdem zu entnehmen, dass Einladungen 5 Arbeitstage vor der entsprechenden Sitzung zuzustellen seien. Von einer Frist ausgenommen seien Mitteilungen, Stellungnahmen und Beantwortungen von Anfragen. Sie weist im Übrigen darauf hin, dass es davor eine Zustellfrist für Beschlussvorlagen und Anträge von 10 Arbeitstagen gegeben habe.. Für Einladungen galten 7 Tage.

Sie macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- und abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Für den Ausschuss Kunst und Kultur:

zu TOP 3.5 „Eifelwall, Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv – Baubeschluss“ liegt als Anlage 7 eine Stellungnahme der Verwaltung zu dem Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der 2. Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten vom 20.04.2015 vor.

TOP 5.1 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Hallen Kalk"

zu TOP 5.1 die Beantwortung der Verwaltung

TOP 6.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Abriss der Halle Kalk"

zu 7.5 Realisierung des Projektes "Restlicht. Eine temporäre Gedenkskulptur" liegt das Votum des Kunstbeirates vor.

TOP 11.6 Mitteilung zum Abriss der Hallen Kalk

Zum Ablauf der Sitzung schlägt sie vor, die Tagesordnungspunkte, die das Historische Archiv betreffen, 3.1, 3.2 und 3.5 gemeinsam zu behandeln. Ebenso die Punkte zum Thema „Halle Kalk“, 5.1, 6.2 und 11.6.

RM Dr. Elster merkt an, dass man damit rechnen müsse, dass die Fraktionen die eingebrachten Tagesordnungspunkte in den Arbeitskreisen nicht beraten können, wenn man die Frist von 6 Tagen jedes Mal ausreize. Er plädiert dafür, die entsprechenden Beschlussvorlagen so früh wie möglich, bestenfalls vierzehn Tage, vor der Ausschusssitzung einzubringen.

RM von Bülow bittet darum, den Tagesordnungspunkt 19.1 im öffentlichen Teil zu behandeln. Hierbei gehe es um die Mittelverteilung bei interkulturellen Projekten und diese Zahlen könne man ebenfalls dem öffentlichen Jahresbericht entnehmen.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach weist darauf hin, dass im Kulturbericht die Projektträger nicht enthalten seien. Sie sagt zu prüfen zu lassen, inwieweit eine Behandlung im öffentlichen Teil möglich sei.

Herr Dr. Wackerhagen weist darauf hin, dass dem Arbeitskreis seiner Fraktion am vergangenen Montag keinerlei Unterlagen vorgelegen haben. Er fragt, warum die Verwaltung nicht die bereits freigegebenen Beschlussvorlagen frühzeitig versende. Schließlich müsse man die Angelegenheiten im Vorfeld mit der Fraktion besprechen. Er geht jedoch davon aus, dass dies ein Einzelfall gewesen sei.

Herr Prof. Dr. Lemper macht darauf aufmerksam, dass dieser Sachverhalt bereits in der Vergangenheit häufig diskutiert worden sei. Aus seiner Sicht dürfe es kein Problem sein, innerhalb der Verwaltung einen gewissen Zeitraum für eine kompakte und

übersichtliche Versendung der Unterlagen festzulegen. Er bittet darum, dies, aus Respekt vor der politischen Vertretung, künftig anders zu handhaben.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass sie größten Respekt vor der Arbeit und dem ehrenamtlichen Engagement der politischen Vertreter habe. Sie bittet jedoch auch darum, diesen Respekt der Verwaltung entgegenzubringen. Sie weist darauf hin, dass nicht nur das Kulturdezernat an dem Mitzeichnungsverfahren der Unterlagen beteiligt sei, sondern auch andere Dezernate. In diesem Zusammenhang zeigt sie auf, dass sie nicht auf die verkürzten Fristen aufmerksam gemacht habe um damit darzustellen, dass man sich nur daran halte und alles Weitere interessiere sie nicht. Sie sagt zu, künftig so früh wie möglich die Vorlagen zu übersenden. Im Übrigen habe sie ihren persönlichen Referenten darum gebeten, sich mit den zuständigen Stellen innerhalb der Verwaltung zusammenzusetzen, um herauszufinden worin das Problem bestehe und eine entsprechende Verbesserung herbeizuführen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für den Hinweis, dass es diesbezüglich Gespräche geben werde, um festzustellen woran es liege und wie man die Abläufe möglicherweise optimieren könne. Es sei dabei auch zu bedenken, dass man in Zeiten der elektronischen Medien die Unterlagen auch vorab per Mail an die Ausschussmitglieder versenden könne.

Bezüglich der Beratung des Tagesordnungspunktes 19.1 im öffentlichen anstatt im nichtöffentlichen Teil erklärt Referent Conrads, dass unter TOP 11.1 lediglich institutionelle Förderbeträge dargestellt worden seien. In der Mitteilung unter TOP 19.1 gehe es um Projektförderungen. Dies sei nicht eins zu eins vergleichbar und vor diesem Hintergrund müsse die Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

Herr Prof. Schäfer merkt an, dass man hierüber bereits in der letzten Sitzung diskutiert habe und er in diesem Zusammenhang darum gebeten habe, diese Rechtsfrage innerhalb der Verwaltung zu klären.

Kulturamtsleiterin Foerster erklärt, dass dies mit dem Rechtsamt geklärt worden sei.

RM von Bülow verweist auf Seite 62 des Jahresberichtes unter TOP 11.1 im öffentlichen Teil und weist darauf hin, dass dort Einzelförderungen von Personen mit den entsprechenden Beträgen dargestellt seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, dies erneut genau prüfen zu lassen und dem Ausschuss das Ergebnis vorzulegen.

Herr Sörries schlägt vor das Ergebnis des Rechtsamtes abzuwarten und die Sache in der Sondersitzung zu behandeln. Er merkt an, dass es sich seines Erachtens bei den Geldern, welche die Verwaltung vergeben habe, um öffentliche Mittel handele und deshalb sei die Angelegenheit auch im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

RM Dr. Elster stellt fest, dass sich seit der letzten Sitzung der Sachstand hierzu nicht geändert habe. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, den Punkt im öffentlichen Teil zu behandeln, schließlich handele es sich bei den vergebenen Mitteln um Steuergelder.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Mitteilung zurückzustellen und in der nächsten regulären Sitzung zu behandeln. Sie hält es für wichtig, dass die Angelegenheit auch im Zusammenhang mit der Darstellung unter TOP 11.1 vom Rechtsamt geprüft werde.

Der Ausschuss ist damit einverstanden und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss

hier: Sparte Tanz

1144/2015

-zurückgestellt-

2.2 Vorstellung des Jahresberichts 2014 des NS-Dokumentationszentrums

3 Kulturbauten

3.1 Sachstandsbericht über den Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv - Stand: 02.03.2015

0731/2015

3.2 Bericht über den Neubau des Historischen Archives und des Rheinischen Bildarchives am Eifelwall - Stand 01.04.2015

1106/2015

3.3 Sachstandsbericht zur Archäologischen Zone - Stand: 02.03.2015

0751/2015

3.4 Sachstandsbericht zur Archäologischen Zone - Stand: 07.04.2015

1148/2015

3.5 Eifelwall, Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv

Baubeschluss

0373/2015

3.6 Zeitraster der im Unterausschuss Kulturbauten zu behandelnden Bauvorhaben sowie der Generalsanierung der Zentralbibliothek

1184/2015

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

4.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Tautkus betreffend „U-biermonument“

0817/2015

4.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Ratsbeschluss Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2015 - 2018" (AN/0387/2015)
1190/2015

4.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Pöttgen bzgl. des Kunstwerkes Parkhaus Magnusstraße
1192/2015

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Hallen Kalk"
AN/0709/2015

Beantwortung der Verwaltung
1310/2015

6 Schriftliche Anträge

6.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen"

6.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Abriss der Halle Kalk"
AN/0707/2015

7 Allgemeine Vorlagen

7.1 Verlängerung des von der DFG finanzierten Projekts "Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen" in der Kunst- und Museumsbibliothek
3759/2014

7.2 Ankauf des Kunstwerkes "Untitled" von Kai Althoff für das Museum Ludwig
0778/2015

7.3 Programmierung eines Restaurierungs- und Dokumentationsmoduls
0915/2015

7.4 Erneuerung RLT-Anlagen im Museum Ludwig
1846/2014

7.5 Realisierung des Projektes "Restlicht. Eine temporäre Gedenkskulptur"
0542/2014

7.6 Ankauf eines Breviers des Kölner Erzbischofs Hermann von Hessen
1136/2015

8 Sonderausstellungen

- 8.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen - Fortschreibung 2015
0839/2015

9 Annahme von Schenkungen

- 9.1 Annahme einer Schenkung an das Museum Ludwig
hier: Schenkung von zehn Fotografien aus China (um 1860) durch Herrn Dr. Detlef Siemssen
0802/2015
- 9.2 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung von 48 Fotografien von Andy Warhol durch die Andy Warhol Foundation
0952/2015

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Berichtspflicht gem. § 42 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, Bericht an den Ausschuss Kunst und Kultur
0616/2015
-zurückgestellt-
- 11.2 Regelmäßige Unterrichtung des Ausschusses Kunst und Kultur über die Führung der Denkmalliste, Zeitraum vom 01.01.2013 - 31.12.2014
0907/2015
-zurückgestellt-
- 11.3 Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2014-2020 am 5.3.2015
0847/2015
- 11.4 Optimierung von Bewilligungsbescheiden bei der Gewährung von institutioneller Förderung
1181/2015
-zurückgestellt-
- 11.5 Neubesetzung der Direktorenstellen und anderer Leitungspositionen
1213/2015
- 11.6 Abriss der Hallen Kalk
1283/2015

12 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

13 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

14 Schwerpunktthemen

15 Schriftliche Anfragen

16 Schriftliche Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

17.1 Prüfbericht Veranstaltungsabwicklung sowie Entgelt- und Honorarzahungen bei 4522 - Museumsdienst Köln
0368/2015

17.2 Prüfbericht Jahresrechnungen 2008-2012 der Kunststiftung im Museum Ludwig Köln
3069/2014

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 Mitteilungen der Verwaltung

19.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Özkücük betreffend „Interkulturelle Kunstprojekte des Kulturamtes,, (AN/0281/2015)
0587/2015/1

20 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Sparte Tanz 1144/2015

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen und wird in der nächsten regulären Sitzung behandelt.

2.2 Vorstellung des Jahresberichts 2014 des NS-Dokumentationszentrums

Der Direktor des NS-Dokumentationszentrums Dr. Jung stellt den Jahresbericht vor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister beglückwünscht den Direktor des NS-Dokumentationszentrums zu dem ausgezeichneten Bericht.

Herr Prof. Schäfer merkt an, dass Köln stolz auf das NS-Dokumentationszentrum und deren Leitung sein könne. Durch die faszinierende und kompetente Präsentation des Hauses bestehe auch bei jungen Menschen ein großes Interesse an der Aufarbeitung des Themas. Außerdem sei die steigende Besucherzahl eine tolle Bestätigung für die geleistete Arbeit. Man müsse nicht nur mit dem Blick in die Vergangenheit an dem Thema festhalten, sondern auch mit dem Blick auf die Gegenwart. Er verweist in diesem Zusammenhang unter anderem auf die Justiz, die sich nach 70 Jahren immer noch damit befasse aber auch auf den heute noch, auch in NRW, vorhandenen Rechtsextremismus. Er unterstreicht, dass die Unterstützung seiner Fraktion dem NS-Dokumentationszentrum weiterhin gewiss sei.

RM Aymaz schließt sich den Worten ihres Vorredners an und möchte sich für die großartige und hervorragende Arbeit des NS-Dokumentationszentrums bedanken. Sie weist darauf hin, dass man in den letzten Wochen, insbesondere bei der Debatte um die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern, immer wieder festgestellt habe, wie der Umgang mit der Vergangenheit und Gewaltherrschaften, auch im internationalen Kontext und in Deutschland im interkulturellen Kontext, immer noch problematisch verlaufe. In diesem Zusammenhang möchte sie wissen, inwiefern man speziell, auch in Kooperation mit den Städtepartnerschaften und dem Städtepartnerschaftsverein Istanbul, die Aufarbeitung und die Erinnerung im internationalen Kontext gestalten könne bzw. wolle. Außerdem fragt sie, inwieweit in einer multikulturellen Gesellschaft in einem Einwanderungsland wie Deutschland, die Erinnerungsarbeit sich im Bereich der pädagogischen Aufarbeitung explizit gestalten und ob es hierfür neue Instrumente gebe.

RM Dr. Elster zeigt sich beeindruckt über die weit überregionale Wirkung des Museums. Dies werde insbesondere durch Diskussionen mit den Kulturpolitikern des LVR deutlich. Er hebt hervor, dass die stattfindende Aufarbeitung und die Jugendarbeit des NS-Dokumentationszentrums richtungsweisend seien. Er möchte wissen, ob es richtig sei, dass das NS-Dokumentationszentrum beim LVR Fördermittel beantragt habe.

Außerdem bittet er darum, das weitere Entwicklungspotential der Region und des Rheinlands zu erläutern.

RM Zimmermann erinnert an das Problem der künftigen Förderung der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus und fragt, ob es diesbezüglich zu einer Verbesserung gekommen sei.

Herr Dr. Wackerhagen freut sich insbesondere, dass es gelungen sei, den Innenhof des EL-DE-Hauses in die Gedenkstätte miteinzubeziehen. Er möchte in seiner Eigenschaft als Vorstand der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur auf die enge Zusammenarbeit mit dem NS-Dokumentationszentrum aufmerksam machen, die auch etwas mit der Erinnerungskultur zu tun habe.

RM von Bülow berichtet, dass Schulklassen nach wie vor das NS-DOK gerne besuchen und viele Jugendliche seien sehr beeindruckt und greifen das Thema danach sehr intensiv auf. Sie unterstreicht, dass die geschlagene Brücke von der damaligen in die jetzige Zeit bzw. in die Zukunft ein besonderes Kennzeichen des NS-Dokumentationszentrums sei. Diese Rückerinnerung sei wichtig bei der heutigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Pegida. Hierfür sei das NS-DOK ein guter Partner für Analysen der Fortentwicklung. Dies sei unter anderem ein Grund für die Erfolgsgeschichte des Museums.

RM Stahlhofen berichtet, dass bei ihren Aufenthalten in Berlin häufig an sie herangetragen worden sei, wie gut das NS-Dokumentationszentrum in Köln sei.

Der Direktor des NS-Dokumentationszentrums Dr. Jung erklärt, dass man als lokale Einrichtung international sehr gut vernetzt sei. Zum Thema wie Migranten mit der Aufarbeitung und der Erinnerung umgehen berichtet er, dass die praktische Erfahrung zeige, dass es hier keine Probleme gebe. Zu dem Thema Fördermittel weist er darauf hin, dass das NS-DOK sich stets intensiv um Drittmittel für seine Arbeit bemühe. Er merkt in diesem Zusammenhang an, dass man in seinem Haus keine Stelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bzw. Fundraising habe und dies quasi nebenbei erledigt werden müsse. Es sei nun beispielsweise gelungen für die Ausstellung „Todesfabrik Auschwitz“ das Auswärtige Amt als Sponsor zu gewinnen und insgesamt eine Summe in Höhe von 130.000 € einzuwerben. Der Landschaftsverband Rheinland habe das NS-Dokumentationszentrum in den letzten Jahren wiederholt für unterschiedliche Projekte gefördert. Im vergangenen Jahr habe man durch eine Förderung des LVR das Projekt „Biografie und Tätigkeit des ersten Landesdirektors des LVR Udo Klausen“ bearbeitet und eine dazugehörige Forschungsarbeit erstellt. Bezüglich der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus erklärt er, dass diese durch Bundesmittel gefördert werde, die über das Land in die Kommune weiterfließen. Die mobile Beratung sei vom Bund anders aufgestellt worden und habe nun einen Fünfjahresrhythmus. Demnach seien die Mittel noch für dieses und die nächsten viereinhalb Jahre gesichert. Danach müsse ein neuer Antrag gestellt werden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur für den beeindruckenden Vortrag und spricht dem Direktor des NS-Dokumentationszentrums sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihren Dank für die gute und erfolgreiche Arbeit aus und beglückwünscht sie zu den positiven Zahlen und steigenden Besucherzahlen aus.

3 Kulturbauten

3.1 Sachstandsbericht über den Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv - Stand: 02.03.2015 0731/2015

Die Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 3.2 und 3.5 behandelt. (siehe Tagesordnungspunkt 3.5)

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.2 Bericht über den Neubau des Historischen Archives und des Rheinischen Bildarchives am Eifelwall - Stand 01.04.2015 1106/2015

Die Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 3.1 und 3.5 behandelt. (siehe Tagesordnungspunkt 3.5)

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.3 Sachstandsbericht zur Archäologischen Zone - Stand: 02.03.2015 0751/2015

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.4 Sachstandsbericht zur Archäologischen Zone - Stand: 07.04.2015 1148/2015

Die Mitarbeiterin des Architektenbüros Drees & Sommer erläutert die Sachstandsberichte zur Archäologischen Zone.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass die Berichte bereits ausführlich im Unterausschuss Kulturbauten besprochen worden seien.

RM Dr. Elster fragt, welche Gesamtkosten für das Jüdische Museum und die Archäologische Zone zuzüglich der Einrichtungskosten tatsächlich entstehen.

RM Henseler erkundigt sich nach den Grabungskosten. Hierzu sei dem Rechnungsprüfungsausschuss eine entsprechende Mitteilung vorgelegt worden. Er möchte wissen, ob die dort testierten Aufwendungen und Kosten nach der Prüfung der Belege in den vorliegenden Kostenberechnungen enthalten seien.

RM Zimmermann erinnert daran, dass man die zuständige Dezernentin des LVR in diesen Ausschuss habe einladen wollen, um das Projekt aus Sicht des LVR dargestellt zu bekommen. Er hält in diesem Zusammenhang die Vorlage eines gemeinsamen Berichts zur Ausgestaltung des Projektes für sinnvoll.

Herr Deutsch bittet darum, dass das Projekt wieder vom wissenschaftlichen Beirat begleiten zu lassen. Dies sei seit dem Wechsel der Projektleitung nicht mehr geschehen.

Frau Günther erklärt, dass die Kosten der musealen Einrichtung in der Gesamtsumme enthalten seien. Zu den Grabungskosten teilt sie mit, dass diese in einer Belegprüfung

erfasst wurden und mit dem entsprechenden Ergebnis in den Bau- Nebenkosten enthalten seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die weiteren Anregungen aufzugreifen und eventuell eine gemeinsame Sitzung mit dem zuständigen Referenten oder der Dezerntin des LVR einzuberufen. Außerdem müsse man über die Begleitung des wissenschaftlichen Beirates nachdenken.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach weist darauf hin, dass es den politischen Lenkungskreis gebe an dem die politischen Fraktionen des LVR und der Stadt Köln vertreten seien. Zum wissenschaftlichen Beirat berichtet sie, dass man im letzten politischen Lenkungskreis überein gekommen sei, diesen nach Beendigung der Grabungen wieder ins Leben zu rufen und in dem man die inhaltliche Konzeption besprechen wolle. Außerdem habe man sich darauf verständigt, Herrn Dr. Trier, Herrn Dr. Kramp und Herrn Dr. Jung dazu zu bitten.

Herr Deutsch merkt an, dass dies in seinen Augen eine Funktionsänderung des Beirates darstelle. Bis vor zwei Jahren habe er grabungsbegleitend gearbeitet.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach zeigt auf, dass in dem Kooperationsabkommen mit dem LVR dies so geregelt sei, wie sie es soeben vorgetragen habe.

RM Dr. Elster stimmt der Aussage von Herrn Deutsch zu und fügt hinzu, dass der LVR dieses Gremium ebenfalls für sehr wichtig erachte. Außerdem merkt er an, dass der politische Lenkungskreis ein nicht öffentliches Gremium sei und nicht alle Fraktionen und Einzelmandatsträger dort vertreten seien.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.5 Eifelwall, Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv Baubeschluss 0373/2015

Die Leiterin der Gebäudewirtschaft Rinnenburger macht bezüglich der Beschlussvorlage zum Baubeschluss des Historischen Archivs darauf aufmerksam, dass in der Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten scheinbar ein Missverständnis betreffend der Zahlen aufgekommen sei. Hierzu sei nun dem Ausschuss Kunst und Kultur als Anlage 7 eine Stellungnahme der Gebäudewirtschaft vorgelegt worden. Sie macht insbesondere auf die darin enthaltende Synopse aufmerksam. Fakt sei außerdem, dass es in beiden Beschlussvorlagen bezüglich der Baukosten eine Unterscheidung gebe. Dies gelte für die Rollregalanlage als fester Einbau und für weitere Einrichtungskosten für sogenannte lose Einrichtungen, wie beispielsweise die Büromöblierung. Sie weist darauf hin, dass die vorliegende Beschlussvorlage gegenüber dem Weiterplanungsbeschluss insofern abweiche, dass man nun 0,46 Prozent günstiger sei. Außerdem gebe es im Baubeschluss den Vorschlag, der mit 90 Mio. € ende. Diese höhere Summe resultiere aus dem zugerechneten Risikozuschlag von 10 Prozent und sei in der Anlage 5 aufgeführt und explizit dargestellt. Zu den beiden Sachstandsberichten erläutert sie, dass es hier keine Abweichungen gebe macht jedoch auf die rote Ampeldarstellung im Bereich der Termine aufmerksam. Dies sei zustande gekommen, weil man den Baubeschluss ursprünglich in eine frühere Sitzung des Rates habe geben wollen. Die Verwaltung habe sich jedoch darauf verständigt, dass der Baubeschluss nur gemeinsam mit der Offenlegung des B-Planes gelesen werden könne. Sie geht davon aus, dass im Laufe des Baubetriebes die rote Ampeldarstellung jedoch verschwinde. Abschließend weist sie darauf hin, dass man in der letzten Woche die Abbrucharbeiten eingestellt habe, da dem Auftragnehmer gekündigt wor-

den sei. Allerdings stehe man mit dem Zweitmindestfordernden in Verhandlungen und nehme die Arbeit zeitnah wieder auf.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für die Informationen, welche hilfreich für die Ausräumung der aufgetretenen Irritationen seien.

RM Dr. Elster ist der Auffassung, dass die als Anlage 7 nachgereichte Tabelle nicht ausreichend sei. Hier seien die Zahlen aus der Ratsvorlage vom 18.07.2013 nicht aufgeführt. Die Gesamtkosten seien damals in einer Höhe von 76,33 Mio. € ausgewiesen worden. Es gebe in der aktuellen Vorlage kein einziges Indiz dafür, dass die Einrichtungskosten hier nicht enthalten seien. Er kritisiert, dass über die Entstehung der erhöhten Gesamtkosten von nunmehr 82,8 Mio. € nie eine Mitteilung vorgelegt worden sei. Er weist im Übrigen den Vorwurf zurück, dass seine Fraktion durch kritische Nachfragen den Neubau des Historischen Archivs verzögern würde. Er erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion sich bereits im März 2013 für einen Baubeschluss ausgesprochen haben. Er moniert, dass die vermeintlich kleinere Lösung des Projektes inzwischen genauso teuer sei wie die zunächst geplante Variante mit der Kunst- und Museumsbibliothek. Im Übrigen spricht er sich dafür aus grundsätzlich den Risikovorschlag abzulehnen. Dieser sei seines Erachtens nicht notwendig und ergebe sich aus den ursprünglich vorgelegten Gesamtkosten. Es sei denn, man wisse heute bereits, dass das Projekt um 10 Prozent teurer werde, was dem Risikovorschlag entspreche. Dann müsse man jedoch offen darüber reden. Er merkt abschließend an, dass in der alten Fassung der Vorlage von 2013 über 8 Mio. € Mietkosten pro Jahr einkalkuliert worden seien. In der aktuellen Fassung seien es jedoch nur noch 2,7 Mio. € für Mietkosten bei identischen Betriebskosten veranschlagt. Er fragt wie dies zu Stande gekommen sei und ob die alte Vorlage fehlerhaft gewesen sei. Zudem bittet er darum, das Thema Risikozuschlag ergänzend zu erläutern und unterstreicht, dass seine Fraktion der Vorlage in dieser Form noch nicht zustimmen könne.

Frau Rinnenburger weist darauf hin, dass die in der alten Vorlage dargestellte Finanzierungsübersicht, in der die Einrichtungskosten aufaddiert worden seien, sich nicht verändert habe. Auch im Weiterplanungsbeschluss seien die Zahlen bereits vorhanden gewesen. Sie zeigt auf, dass es in der vorliegenden Anlage 7 eine Unterscheidung zu dem alternativen Beschlussvorschlag, wo der Baubeschluss mit 76.331 Mio. € ende, gebe. Die Lösung inklusive des Rheinischen Bildarchivs ende mit 97 Mio. €. Die Einrichtungskosten verändern sich nicht und seien bei allen vorgeschlagenen Lösungen gleich. Sie erklärt, dass der nun vorgelegte Risikozuschlag in der Anlage 5 genau beschrieben sei. Dort sei dezidiert aufgeführt welche Risiken bestehen. Außerdem gebe es die Vorgabe des Rechnungsprüfungsamtes, keine Sicherheitszulagen in Baukosten zu kalkulieren. Man wolle mit der Aufführung und Bewertung der Risiken darstellen, dass möglicherweise welche eintreten können. Selbstverständlich könne man den Beschluss ohne den Risikozuschlag herbeiführen. Es handele sich lediglich um einen Vorschlag. Zu der Unterscheidung der Mietansätze erklärt sie, dass der Rat im April 2014 eine neue Satzung verabschiedet habe und demnach ein Flächenverrechnungspreis zu ermitteln sei und keine Kostenmiete mehr. Diesem Flächenverrechnungspreis liege die aktuelle Berechnung der Mietkosten zu Grunde. Dies sei im Übrigen in der Beschlussvorlage beschrieben.

Herr Tautkus unterstreicht, dass Köln es sich und in seiner Restwürde schuldig sei, ein vorbildliches Gebäude mit einem vorbildlichen Konzept und einem dementsprechenden Verfahren zu errichten. Hierzu seien alle Beteiligten aufzurufen. Er merkt unter anderem weiter an, dass er nicht verstehe, warum das Projekt unter so einem enormen Zeitdruck stehe und fragt, ob es bausachliche Gründe gebe, die Planung baubegleitend fortzuführen und ob das Projekt nicht als Einstieg dafür dienen könne,

mit der Inbetriebnahme des Gebäudes ein Budget für die Instandhaltung im Haushalt einzuplanen.

Herr Prof. Schäfer weist darauf hin, dass der Unterausschuss Kulturbauten den Bauentschluss ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen habe, weil er dort als Tischvorlage vorgelegt worden sei. Er plädiert dafür, in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen. Schließlich müsse das Historische Archiv schnellstmöglich gebaut werden. Er berichtet, dass die Archivalien derzeit in verschiedenen Archiven in ganz Deutschland untergebracht seien. Er betont, dass der Risikozuschlag kein Zuschlag sein dürfe, der per se eingerechnet werde und als Pauschale verausgabt werden könne. Dies müsse seines Erachtens für den Unterausschuss Kulturbauten nachvollziehbar sein. Er weist in diesem Zusammenhang auf das Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes hin und bittet darum, diese Aspekte zu berücksichtigen.

RM von Bülow schließt sich dem an und fragt, ob die Baupreisindexsteigerung bereits in den Kosten enthalten sei. Außerdem möchte sie wissen, ob künftig in der Darstellung der Monatsberichte des Bauprojektes der Risikozuschlag gesondert von den tatsächlichen Baukosten ausgewiesen werde. Sie bedankt sich für die als Anlage 7 vorgelegten Zahlen und appelliert an die CDU-Fraktion nicht mit falschen Zahlen falsche Signale in die Stadt zu senden. Nach der Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten habe man solche Zahlen der Presse entnehmen können und zudem sei das Projekt schlechtgeredet worden. Sie hält es für notwendig, das Projekt auf den Weg zu bringen und heute den entsprechenden Beschluss zu fassen.

Frau van Duiven erinnert daran, dass es ursprünglich einen Beschluss über Kunst an dem Bauprojekt gegeben habe und fragt, ob daran festgehalten werde. Sie merkt an, dass die damals angegebenen Kosten dafür, im Vergleich zu den Gesamtkosten, sehr gering gewesen seien.

RM Henseler erinnert an eine Debatte über den jetzigen Standort und ob dieser überhaupt für ein Archiv geeignet sei. Hierzu habe es mehrere Bürgerinitiativen gegeben und im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren auch eine Bürgerbeteiligung. Dies finde jedoch keine Erwähnung in der Beschlussvorlage. Es gab seiner Zeit zwei Standorte über die diskutiert worden sei. Einer davon sei beispielsweise der Standort des ehemaligen Justizzentrums. Er bedauert, dass man mit den Bürgerinitiativen keine Diskussion geführt habe. Er hält es für wünschenswert, dass man bis zur Ratssitzung auf die Dinge, die in der Debatte zu diesem Projekt in der Stadtgesellschaft eine Rolle spielen, eingehen könnte.

Herr Deutsch weist auf erhebliche Verzögerungen in dem Projekt hin und erinnert daran, dass das Vorhaben dieser Stadt nach dem Einsturz des Archives ein ganz anderes gewesen sei. Die jetzige Zeitschiene bleibe nicht ganz ohne Folgen. Schließlich müssen nun die Asylarchive sukzessive geräumt werden. Deshalb habe man in Düsseldorf das alte Landesarchiv anmieten müssen, was nicht unerhebliche Kosten verursache. Bezüglich der Zeitschiene möchte er wissen, wie gut sich diese prognostizieren lasse und warum die Projektbegleitung nicht bereits durchgeführt werde.

RM Dr. Elster weist den Vorwurf von sich, dass seine Fraktion das Projekt verzögere. Dies habe seines Erachtens eher die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen getan. Bezüglich der Mietkosten merkt er an, dass das Historische Archiv kein reines Verwaltungsgebäude sei und für ihn sei somit die dargestellte Mietkalkulation nicht nachvollziehbar. Er bittet darum, dies für die weiteren Beratungen ausführlicher und nachvollziehbarer darzustellen.

Herr Deutsch fragt nach Risiken im B-Plan.

RM Zimmermann macht deutlich, dass sich seine Position in der Angelegenheit ein wenig verändert habe. Zum einen finde er es bedauerlich, dass man nicht den Mut habe die große Lösung mit der Kunst- und Museumsbibliothek umzusetzen. Zum anderen habe damals die Erweiterung des neuen Grüngürtels im Masterplan nicht dominierend zur Debatte gestanden und habe bei der Standortsuche keine Rolle gespielt. Er bedauert, dass es nicht gelinge solch große Bauprojekte wie die Parkstadt Süd, den Neubau des Justizzentrums und den Neubau des Archivs städtebaulich klug zu entwerfen und die Bürgerschaft besser einzubinden. Mit dem heutigen Beschluss lege man seines Erachtens jede öffentliche Diskussion dazu lahm. Er kündigt an, dass seine Gruppierung der Vorlage im Rat nicht zustimmen werde. Er begrüßt trotzdem, dass das Historische Archiv nun so schnell wie möglich gebaut werde.

Frau Rinnenburger erklärt bezüglich der Planungssicherheit, dass die Risiken selbstverständlich sinken, wenn man sich mehr Zeit für die Planung nehme. Dies gelte bei einem Neubau insbesondere für die Kosten. Dem Statusbericht sei zu entnehmen, dass man die Leistungsphase 5 bereits abgerufen habe und sich somit in der Ausführungsplanung befinde. Zum Thema Risikozuschlag erläutert sie, dass dies bei einer Zustimmung natürlich nicht bedeute, dass man die höhere Summe auch verbaue. Sie schlägt vor, die aufgeführten Risiken differenzierter darzustellen. Im Übrigen steuere die Ampeldarstellung gegen die Kosten und nicht gegen die Risikosumme. Sie könne sich vorstellen, eingetretene Risiken und deren Kosten möglicherweise in den Statusberichten darzustellen. Sie erklärt weiter, dass der Baupreisindex bereits in den Kosten enthalten sei. Zu dem aktuellen Stand der B-Planung könne sie leider keine Aussage treffen, dies obliege dem Stadtplanungsamt. Zu den Mietkosten räumt sie ein, dass der Flächenverrechnungspreis schwer zu verstehen sei und weist auf die ergänzenden Erläuterungen zum neuen Verrechnungspreismodell in der Anlage 4 der Beschlussvorlage hin. Sie hebt hervor, dass das Historische Archiv durch die vielen städtischen Mietflächen den Vorteil habe, als Verwaltungsfläche in die große Kumulation der Flächen zu fallen und dadurch der relativ niedrige Mietpreis zustande komme. Die Berechnungen entsprechen der Vorgabe des Verrechnungspreismodells, welches die Kämmerei erarbeitet habe.

Bezüglich der Einrichtungskosten macht sie deutlich, dass diese stets von den Baukosten getrennt dargestellt worden seien.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt bezüglich des Beschlusses zur Kunst am Bau, dass die Behandlung dessen im Zusammenhang mit der Außengestaltung des Gebäudes vorgesehen sei. Sie führt außerdem aus, dass die Kulturstadt Köln mit dem Einsturz des Historischen Archivs 2009 eine schwere Wunde erlitten habe, welche kaum eine andere Stadt in Deutschland oder gar Europa nachvollziehen könne. Insofern sei es ihr seit ihrem Amtsantritt als Kulturdezernentin der Stadt Köln stets ein oberstes Anliegen gewesen, den Neubau des Historischen Archivs konstruktiv zu begleiten und nach vorne zu bringen. Sie werde stets gefragt, wann man das neue Archiv eröffne. Nach wie vor gehe sie davon aus, dass dies 2019 sein werde. Sie begrüßt die bis ins Detail geführte Diskussion in der heutigen Sitzung und bittet darum, eine parteiübergreifende Allianz für das Historische Archiv zu bilden, nach vorne zu schauen und auch an die beiden Opfer zu denken. Sie plädiert dafür, dem überzeugend dargestellten Baubeschluss zuzustimmen.

RM Dr. Elster beantragt, die Angelegenheit ohne Votum in den Rat weiterzuleiten. Aus seiner Sicht seien die Erläuterungen der Verwaltung nicht erschöpfend. Zudem gebe es die Zusage der Verwaltung eine Kalkulation vorzulegen und betreffend des Risikozuschlages weitere Informationen zu liefern. Ebenso bestehe aus seiner Sicht nach wie vor das Problem mit der Darstellung der Mietkosten. Hier ist er nach wie vor der

Auffassung, dass die Flächen des Historischen Archivs keine Verwaltungsflächen seien.

RM von Bülow stellt klar, dass es keine Zusage hinsichtlich einer Kalkulation gegeben habe.

Herr Prof. Schäfer vertritt die Ansicht, dass der Ausschuss Kunst und Kultur in der Angelegenheit einen Beschluss fassen müsse. Da jedoch nicht für alle Ausschussmitglieder alle Fragen ausreichend beantwortet worden seien, schlägt er vor, vor Beginn der verschobenen Sitzung des Betriebsausschusses Bühnen eine Sondersitzung des Ausschuss Kunst und Kultur einzuberufen und dort einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass die Beigeordnete die Bedeutung des Beschlusses hervorgehoben habe. Sie unterstützt den Vorschlag ihres Vorredners und bittet die Verwaltung frühzeitig alle offenen Fragen zu beantworten, damit man in der Sondersitzung einen Beschluss herbeiführen könne.

Herr Prof. Dr. Lemper weist darauf hin, dass vor nunmehr sechs Jahren der Grundsatzbeschluss zum Neubau des Historischen Archivs gefasst worden sei. Mit dem letztendlich vorgelegten Vorschlag sei er auch nicht ganz einverstanden. Abschließend kritisiert er, dass die Verwaltung dem Ausschuss nahezu schulmeisterlich die Bedeutung eines Archives deutlich machen müsse und Mitgliedern der Politik vorwerfe, dass aus deren Sicht berechtigt gestellte Fragen zur Verzögerung des Projektes führen. Er unterstreicht, dass man als Kommunalpolitiker nicht nur das Recht habe Fragen zu stellen, sondern sogar die Pflicht. Hiervon lasse sich seine Fraktion nicht abbringen.

Herr Prof. Schäfer kann die Sichtweise seines Vorredners nicht teilen und betont, dass er in dieser Sitzung aufschlussreich und souverän von der Verwaltung informiert worden sei. Er hatte eher den Eindruck, dass der Politik in der Debatte um den Bauentschluss hoher Respekt entgegengebracht worden sei. Aus seiner Sicht hätte in der heutigen Sitzung ein Beschluss herbeigeführt werden können. Er merkt an, dass er mit seinem Vorschlag eine Sondersitzung zu dem Thema einzuberufen ein gewisses Entgegenkommen gegenüber der CDU-Fraktion gezeigt habe. Im Übrigen habe niemand den Vorwurf erhoben, dass durch gestellte Fragen das Projekt verzögert werde.

Die Angelegenheit wird in der Sondersitzung am 6. Mai 2015 behandelt.

3.6 Zeitraster der im Unterausschuss Kulturbauten zu behandelnden Bauvorhaben sowie der Generalsanierung der Zentralbibliothek 1184/2015

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

4.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Tautkus betreffend „Ubirmonument“ 0817/2015

Herr Tautkus fragt, ob man weiterhin den Schlüssel für den Zugang zum Ubirmonument im Praetorium erhalte oder ob es eine ortsnähere Schlüsselausgabe beziehungsweise reguläre Öffnungszeiten gebe.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt zu, dies schriftliche zu beantworten.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die vorliegende Beantwortung zur Kenntnis.

4.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Ratsbeschluss Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2015 - 2018" (AN/0387/2015) 1190/2015

RM von Bülow erkundigt sich nach den Ergebnissen der im Beantwortungstext erwähnten Gespräche zwischen dem Kulturamt und den Veranstaltern.

Kulturamtsleiterin Foerster berichtet, dass die zuständige Referentin mit den Zuschussnehmern in ständigem Kontakt stehe. Sobald die 200.000 € Zusatzbudget für die Konzeptionsförderung im Haushalt eingebracht und vom Rat verabschiedet worden seien, könne man weitere Absichtserklärungen versenden. Sie unterstreicht, dass die Zuschusspartner die Situation anerkennen und berücksichtigen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Pöttgen bzgl. des Kunstwerkes Parkhaus Magnusstraße 1192/2015

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Hallen Kalk" AN/0709/2015

Beantwortung der Verwaltung 1310/2015

Die Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 6.2 und 11.6 behandelt.

**6.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend
"Abriss der Halle Kalk"
AN/0707/2015**

und

**11.6 Abriss der Hallen Kalk
1283/2015**

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach weist darauf hin, dass es sich bei dem Thema Halle Kalk um zwei Handlungsstränge handele. Es sei allen bekannt, dass die Halle Kalk in ihrer Standfestigkeit gefährdet sei. Man habe aus den Hallen 76 und 77 die eingelagerten Kunstwerke des Museums Ludwig herausgenommen und in einem für fünf Jahre angemieteten Depot eingelagert. Natürlich habe man in diesem Zusammenhang überlegt, welche Möglichkeiten es für den Umgang mit den Hallen gebe und wie hoch die Kosten für die Sicherung oder eine Sanierung seien. Sie betont, dass sie niemals im Sinn gehabt habe, mit der Lösung eines Abrisses das Thema Halle Kalk zu beenden. Im Februar 2015 habe man ein erneutes Gutachten vorgelegt bekommen. Hier sei dargestellt worden, dass sich die Situation dramatisch verschärft habe. Durch die Aussagen, dass akute Einsturzgefahr und eine Gefahr für Leib und Leben bestehe, habe sie umgehend ihre Verantwortung wahrgenommen und den Abriss beim Bauaufsichtsamt beantragt. Sie weist in diesem Zusammenhang auf den Einsturz des Historischen Archivs hin und unterstreicht, dass so etwas Ähnliches in Köln noch einmal passiere. Insofern habe sie unter diesen Voraussetzungen den Abrissantrag gestellt. Sie fügt hinzu, dass sie wegen der Erfüllung des Vertrages in ständigem Kontakt mit der Stiftung Ludwig gestanden habe. Dies sei auch der vorliegenden Beantwortung zu entnehmen. Sie führt weiter aus, dass sie im Unterausschuss Kulturbauten angekündigt habe, den Ersteller der Gutachten zu den Hallen Kalk seine Ergebnisse vorstellen zu lassen. Auf Grund der aktuellen Diskussion habe sie den geschäftsführenden Gesellschafter der Hempel Ingenieure GmbH Neugebauer gebeten, bereits in der heutigen Sitzung dazu Stellung zu nehmen. Sie macht darauf aufmerksam, dass das Büro Hempel Ingenieure ein national anerkanntes Büro im Bereich der Denkmalpflege und unter anderem für das UNESCO Weltkulturerbe Kloster Walkenried tätig sei. Sie kündigt an, dass Herr Neugebauer den Zusammenhang zwischen den Schädigungen an den Hallen Kalk, den nötigen Maßnahmen zur Sicherung und den ermittelten sowie öffentlich diskutierten Kosten in Höhe von 9 Mio. Euro weiter erläutern werde. Sie bekräftigt, dass sie niemand sei der kein Interesse am Denkmalschutz habe oder darüber nachdenke, was dieses Denkmal für den Stadtteil bedeute. Aber die getroffene Entscheidung halte sie nach wie vor für richtig.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt den Geschäftsführer der Hempel Ingenieure GmbH Neugebauer und bittet ihn seine Sicht der Dinge dem Ausschuss Kunst und Kultur darzulegen.

Herr Neugebauer erläutert, dass die Zielsetzung der Sanierung Halle Kalk eigentlich nicht deren Abbruch sein sollte. Im Jahr 2011 sei sein Ingenieurbüro mit der Planung für die Interimsnutzung der Halle 76 für das Schauspiel beauftragt worden. Im Zuge dieser Planung habe man eine Anamnese durchgeführt und sich die Strukturen des Gebäudes angesehen. Dabei seien sehr schnell Mängel an den Hallen 76 und 77 im Fassadenbereich und in der Dachkonstruktion festgestellt worden. Bezüglich der Einsturzgefahr erklärt er, dass hier hauptsächlich die Fassadenkonstruktion der Halle 76 betroffen sei. Ebenso die südliche Giebelwand zwischen den Hallen 76 und 77. Insofern sei die Halle 77 unmittelbar betroffen. Die aus Stahlprofilen bestehende Fachwerkkonstruktion der Fassade sei über die Jahre unmittelbar bewittert, wodurch starke

Korrosionsschäden entstanden seien, die wiederum zu Spannungen und Verdrehungen in der Fassade führten. In der weiteren Folge seien 2014 weitere Ortsbesichtigungen vorgenommen worden, bei denen man festgestellt habe, dass die Schädigungsgrade dramatisch zugelegt haben und das Haupttragwerk hiervon beeinflusst worden sei. Dementsprechend seien notwendige Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, um die Neuerburgstraße nicht zu gefährden. Die Gefahr eines Gesamteinsturzes bestand jedoch nicht. Es gehe hier hauptsächlich um die Fassaden und die Dachkonstruktion. Dies werde in der Presse immer wieder falsch dargestellt. Er erklärt weiter, dass die Deckenkonstruktion der Halle 77 aus Holz bestehe und das beschädigte Oberlicht durch eindringende Feuchtigkeit stark beeinträchtigt sei. Nach dem Sturm Ende März habe man die Neuerburgstraße aus Sicherheitsgründen gesperrt. Inzwischen seien noch weitere Vorsichtsmaßnahmen vorgenommen worden, so dass keine Gefahr bestehe. Er fügt abschließend hinzu, dass die Umfänge der Schäden in den letzten Jahren dramatisch zugenommen haben.

RM Stahlhofen fragt, wann die Neuerburgstraße zum ersten Mal gesichert werden musste.

Herr Neugebauer erklärt, dass man 2011 Sperrungen zum Ottmar-Pohl-Platz vorgenommen habe. 2014 habe man erkannt, dass die Giebelwand nicht mehr standsicher sei und die Neuerburgstraße ebenfalls gesichert werden müsse.

Herr Prof. Dr. Lemper möchte wissen, aus welchen Gründen das Bauaufsichtsamt dem förmlichen Abrissantrag des Kulturdezernates nicht entsprochen habe.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass das Bauaufsichtsamt sofort ein förmliches Verfahren angeordnet habe und nicht die sofortige Niederlegung der Halle.

Herr Prof. Dr. Lemper kann, mit Blick auf die Aussage dass Gefahr für Leib und Leben bestehe, die Verfahrensweise der Verwaltung nicht nachvollziehen.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erläutert, dass man nachgewiesen habe, sofort weitere Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Es sei ihre Verantwortung gewesen, dies in der dargestellten Form anzuzeigen und dem Bauaufsichtsamt den Abriss vorzuschlagen. Dort liege nun die Verantwortung und man werde den förmlichen Antrag stellen.

RM von Bülow zeigt sich erstaunt über die heutige Presseerklärung der Stadtverwaltung, dass sie am Abriss der Halle festhalten wolle, obwohl die Politik durch die gestellten Anfragen und Anträge deutlich gemacht habe, dass man sich mit der Thematik zunächst näher befassen wolle. Sie geht deshalb davon aus, dass die Abrissentscheidung zumindest bis zur nächsten regulären Sitzung angehalten werde. Unabhängig davon macht sie darauf aufmerksam, dass in Kalk nahezu alles was an Industriekultur vorhanden gewesen sei nicht mehr existiere und somit die Hallen Kalk bereits ein Alleinstellungsmerkmal besitzen. In anderen Stadtteilen habe man es besser hinkommen, aus Industriekultur eine andere Nutzung zu schaffen. Sie hält es für wichtig, dies auch im stark von der Industrie geprägten Stadtbezirk Kalk abzubilden. Außerdem fragt sie, ob man den Bericht den Fraktionen vorlegen könne, dies sei durchaus wichtig für die weitere Diskussion. Der Beantwortung der Anfrage sei zu entnehmen, dass das Ziel der Kostenberechnung gewesen sei, den geringsten sinnvollen technischen und ökonomischen Aufwand zu ermitteln. Dem stimme sie durchaus zu, hält es aber für sinnvoll noch andere Kriterien zu berücksichtigen und dies möchte ihre Fraktion erneut zu prüfen. Abschließend regt sie an, die Thematik auch im Stadtentwicklungsausschuss zu diskutieren.

Herr Dr. Wackerhagen zeigt sich ebenfalls erstaunt über die heutige Pressemitteilung, die herausgegeben wurde bevor der Ausschuss Kunst und Kultur über die Thematik diskutiert habe und obwohl fast alle Fraktion Anfragen und Anträge dazu gestellt ha-

ben. Er weist darauf hin, dass inzwischen ein nationales Interesse an dem Thema bestehe. Im Übrigen habe er nicht gewusst, dass bereits 2011 erhebliche Schäden an der Halle aufgetreten seien. Er kritisiert, dass die Politik hierüber nicht informiert worden sei und deshalb auch nichts habe tun können. Erst am 10.03.2015 sei seitens der Verwaltung eine Mitteilung vorgelegt worden, in der der Zustand der Halle dargestellt worden sei. In der Begründung sei unter anderem davon die Rede, dass die Gebäude das Ende ihres Lebenszyklus erreicht haben. Diese Begründung könne er nicht verstehen, schließlich gebe es Gebäude, die wesentlich älter seien, aber dennoch nicht abgerissen werden. Er macht im Zusammenhang mit der Presseerklärung darauf aufmerksam, dass dort von einem erweiterten Gutachten die Rede sei und es demnach ein vorheriges Gutachten vorliege, welches die Politik ebenfalls nicht kenne. Er teilt mit, dass er die Beigeordnete mit Schreiben vom 24.04.2015 darum gebeten habe, das Gutachten der Politik zu übersenden. Darauf habe er die Antwort erhalten, dass auf die Versendung aufgrund des Erläuterungsberichtes des Gutachtens durch den Geschäftsführer der Hempel Ingenieure GmbH, Herrn Neugebauer, verzichtet werde. Er ist der Auffassung, dass die Politik in dieser Angelegenheit trotzdem umfassend informiert werden müsse. Er zeigt auf, dass es Überlegungen von privaten Investoren gebe die Hallen eventuell zu sanieren. Aus diesem Grund haben die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag gestellt, den man nun etwas anders und wie folgt stellen wolle. Der Abriss der Halle Kalk wird vorerst nicht gestellt. Ziel dieses Moratoriums ist die Überprüfung von Alternativen zum Abriss. Die Ergebnisse dieser Überprüfung sind dem Ausschuss transparent darzulegen. Abschließend fragt er, ob die Landeskonservatorin in die Sache einbezogen worden sei und merkt an, dass das angesprochene Schadstoffgutachten ebenfalls der Politik nicht vorliege. Er bittet alle Fraktionen, sich der Bedeutung der Hallen bewusst zu werden und deshalb dem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

RM Zimmermann hält ein kurzfristiges Moratorium für begrüßenswert. Er bittet den Geschäftsführer der Hempel Ingenieure GmbH darum, den Zeitraum der akuten Einsturzgefahr, bei der es um die Gefährdung von Leib und Leben ginge, genauer einzugrenzen und möchte wissen, ob die Stadt Köln darüber rechtzeitig informiert worden sei, um dem gegebenenfalls, auch zu anderen Kosten, die nun im Raum stehen, gegenzusteuern. Zudem fragt er woher die in Mitteilung beschriebenen Zahlen der Kosten zur Wiederherstellung der Hallen stammen und ob man sich eine Sanierung vorstellen könne, die nicht allerneuesten energetischen Standards entsprechen. Im Übrigen erinnert er an die nicht gelungene Neugestaltung des ehemaligen CFK-Geländes und plädiert dafür, ein deutliches Signal nach Kalk zu setzen und die Hallen entsprechend zu sanieren und somit für den Stadtteil zu erhalten.

Herr Michalak fragt, warum man nicht früher den Ausschuss informiert und nach einer Lösung gesucht habe, wenn bereits seit 2011 das vorherrschende massive Problem klar gewesen sei. Im Übrigen schließt er sich seinen Vorrednern an.

RM Stahlhofen teilt mit, dass ihre Fraktion dem Dringlichkeitsantrag, der inhaltlich ähnlich sei wie der in der Bezirksvertretung Kalk gestellten Antrag, unterstützen werde. Sie erinnert daran, dass sie im Unterausschuss Kulturbauten darum gebeten habe, die Chronologie der Hallen Kalk darzustellen, dies sei nun durch den Gutachter geschehen und sie wundere sich, dass innerhalb von vier Jahren solch enorme Schäden entstanden sein sollen. Sie fragt, wer der Mieter des Gebäudes sei und warum dieser den Eigentümer nicht entsprechend informiert habe. In der Annahme, dass die Stadt Köln die Eigentümerin sei fragt sie, wo dies als Anlagevermögen im Haushalt zu finden sei. Im Übrigen sei ihr in der Mitteilung unter TOP 11.6 aufgefallen, dass eine Sanierung finanziell günstiger sei als ein Ersatzbau, der jedoch nicht vorgesehen sei.

Abschließend schlägt sie vor, ein zweites Gutachten in Auftrag zu geben. Sie plädiert dafür, dass der Charakter des Industriestandortes Kalk zu erhalten.

Herr Dr. Krings teilt mit, dass nach seinem Wissensstand die Tragkonstruktion der großen Halle 76 grundsätzlich stabil sei, wohingegen die Westseite zum Ottmar-Pohl-Platz angegriffen sei. An der Ostfassade sei der Pfeiler repariert worden und das dort keine konkrete Einsturzgefahr bestehe. Wenn dem so wäre hält er es für sinnvoll, zumindest das vorgeschlagene Moratorium zu befolgen, um Alternativen zum Totalabriss zu klären. Er fände es bedauerlich, wenn diese dominante Architektur fallen würde, zumal die zwanzig Jahre alten Bauten am Ottmar-Pohl-Platz bewusst auf die städtebauliche Konzeption hin konstruiert worden seien.

Herr Prof. Schäfer zeigt Verständnis für die Vorgehensweise der Beigeordneten, die, nachdem ihr die Verantwortung durch den Baudezernenten übertragen wurde, aufgrund des Gutachtens, in dem von einer Gefahr von Leib und Leben die Rede gewesen sei, gehandelt habe. Er fragt, ob die Überlegung, die Bauten zu erhalten, überhaupt tragfähig sei. Außerdem müsse über die Kosten eine ehrliche Debatte geführt werden. Er spricht sich deshalb dafür aus, in der heutigen Sitzung noch keinen Beschluss zu fassen, zumal es auch noch einige offene Fragen gebe. Dies gelte insbesondere für das Thema Sicherheit. Er geht davon aus, dass in den nächsten zwei Monaten kein Abriss erfolgen werde und man in der nächsten regulären Sitzung einen entsprechenden Beschluss zu fassen und das Moratorium dann mit einer entsprechenden Zeitachse versehen könne.

RM Dr. Elster unterstreicht, dass man es für das Quartier nicht zielführend sei, wenn man die Hallen einfach niederlege. Außerdem käme KHD, der ursprüngliche Eigentümer, in der musealen Aufarbeitung in Köln ziemlich kurz und wenn man nun ein weiteres Zeitzeugnis vernichte, vernichte man einen wichtigen Teil der Kölner Industriekultur. Er hält es deshalb für erforderlich, alles zu versuchen, um den Bestand der Hallen aufrecht zu erhalten. Im Übrigen wundere ihn, dass Verhalten der Gebäudewirtschaft, welche die Verantwortung auf das Kulturdezernat übertragen habe, nachdem die mögliche Gefahr bekannt geworden sei. Zuvor habe man jedoch über Jahre hinweg einen Mietzins für das Gebäude verlangt. Außerdem habe man im Ausschuss Kunst und Kultur für das Museum Ludwig Nachtragshaushalte beschlossen, wo immer wieder auf die Halle Kalk als Ursache aufgeführt worden sei. In diesem Zusammenhang fragt er, wie viele Mietzahlungen in den letzten zehn Jahren geleistet worden seien und wie viele Mittel das Museum Ludwig der Gebäudewirtschaft für Sicherungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt habe. Er bittet außerdem darum, alle Gutachten, die je erstellt worden seien, den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Abschließend merkt er an, dass eine mögliche Sanierung der Hallen durch Investoren erfolgen könne und dies auch die Idee des Moratoriums sei. Er rät dringend davon ab, in der heutigen Sitzung keinen Beschluss zu fassen, damit nicht doch noch der Abriss beantragt werde.

RM Henseler ist nach der Darstellung des Ingenieurbüros der Auffassung, dass an dem Standort gegenwärtig keine Gefahr bestehe. Mit dem Moratorium gewinne man Zeit, um ein Gutachten in Auftrag zu geben mit dem festgestellt werde, ob eine Sanierung der Hallen möglich sei und wie hoch die Kosten dafür seien. Demnach unterstützt er den Dringlichkeitsantrag.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht deutlich, dass nach der Vorlage des Gutachtens über die Hallen Kalk, in dem die akute Gefahr für Leib und Leben attestiert worden sei, die Verantwortung bei ihr liege und demgemäß habe sie gehandelt. Sie fragt sich in diesem Zusammenhang, wie man die Diskussion im Ausschuss Kunst und Kultur geführt hätte, wenn irgendetwas passiert wäre. Bezüglich der Pressemitteilung erklärt sie, dass Herr Rossmann in der FAZ einen nicht gerade freundlichen Artikel mit

vielen Verdrehungen veröffentlicht habe. Daraufhin habe man sich überlegt, die Dinge in einer entsprechenden Pressemeldung klarzustellen. Darin stehe unter anderem die Haltung des Kulturdezernates, welches sich weiterhin für den Abriss ausspreche. Natürlich habe der Ausschuss das Recht diesbezüglich Anträge zu stellen. Sie werde je nach Beschluss jedoch juristisch prüfen lassen, wo die Verantwortung danach liege. Sie werde diese für keine Sekunde mehr übernehmen.

Sie führt weiter aus, dass die Behauptung nicht richtig sei, dass die vorgelegte Mitteilung zum Abriss der Hallen Kalk überraschend vorgelegt wurde. Sie habe vorab alle Fraktionen schriftlich und detailliert darüber informiert. Weiter sagt sie zu, alle schriftlichen Gutachten zur Verfügung zu stellen. Bezüglich der Berechnungen zu der Sanierung teilt sie mit, dass diese Zahlen vom Büro Dorn, das sehr eng mit der Hempel Ingenieure GmbH zusammenarbeite, errechnet worden seien. Des Weiteren erläutert sie, dass die Stadt Köln die Eigentümerin der Hallen sei und die Hallen 76 und 77 vom Museum Ludwig verwaltet werden. Dies sei im städtischen Liegenschaftsvermögen nachgewiesen. Die Halle 75 gehöre den Bühnen der Stadt Köln. Sie weist darauf hin, dass niemals Mietzahlungen geleistet worden seien. Allerdings habe das Museum Ludwig die Unterhaltskosten für die Hallen 76 und 77 getragen. Demnach habe es Zahlungen in die Bauunterhaltung gegeben. Abschließend unterstreicht sie, dass es ihre oberste Pflicht gewesen sei, die Hallen so sichern zu lassen, damit keine Gefahr bestehe. Dies sei natürlich auch geschehen.

Herr Neugebauer stellt klar, dass er 2011 beauftragt worden sei eine Interimsnutzung möglich zu machen. Hierbei sei es stets das Ziel gewesen, die Hallen zu erhalten um diese auch anderweitig nutzen zu können. Im Zuge der anfallenden Bestandsuntersuchungen sei aufgefallen, dass die Fassade zum Ottmar-Pohl-Platz gravierende Korrosionsmängel aufweise, die nicht erst in den letzten Jahren entstanden seien. Demnach habe man 2011 diese Fassade, auch weil Gefahr für Leib und Leben bestanden habe, durch die Errichtung eines Bauzauns gesichert. Die Südfassade war zu dem Zeitpunkt bereits augenfällig, aber nicht einsturzgefährdet. Allerdings sei die Einsturzgefahr dieser Fassade 2014 als einsturzgefährdend testiert worden. Demnach bestand 2014 Gefahr für Leib und Leben auf der Seite des Ottmar-Pohl-Platzes und auf der Südseite. In einem Kollapsfall bestand die Gefahr, dass diese auf die Halle 77 stürzen könne und somit auch die Neuerburgstraße betroffen wäre. Er unterstreicht, dass die Hauptstützen des Gebäudes nicht von den Korrosionsmängeln betroffen seien. Die Feststellung, dass die Einsturzgefahr der Fassade einzelne Bauteile der bisher nicht betroffenen Hauptkonstruktion in Mitleidenschaft ziehen könne und einen Einsturz mitverursachen könne, sei 2015 getroffen worden. Dies bedeute, dass die Mängel von Jahr zu Jahr zunehmen. Man habe die Verkehrssicherungspflicht für den Auftraggeber wahrgenommen und die Sicherungsmaßnahmen seien entsprechend erweitert und erfüllt worden, da Gefahr für Leib und Leben bestanden habe.

Zu den Kosten teilt er mit, dass sein Büro lediglich der Tragwerksplaner sei und die Kosten von dem Architekten zusammengetragen werden. Des Weiteren erklärt er, dass sein Büro bereits gemeinsam mit der Gebäudewirtschaft ein Sanierungskonzept erarbeitet habe. Dieses sehe vor, dass Abschnittsweise die Gefache herausgenommen, beschädigte Stahlteile ausgetauscht oder saniert bzw. beschichtet werden, um diese danach wieder einzubauen. Es sei dabei vorgesehen, die Stahlkonstruktion so herzustellen, wie sie vorher gewesen sei. Allerdings seien die meisten Stahlprofile in einem Zustand, den man in den meisten Fällen als abgängig bezeichnen müsse. Demnach mache eine Ersetzung der Stahlkonstruktion mehr Sinn als deren Sanierung. Diese Arbeiten seien in den berechneten Kosten berücksichtigt worden. Außerdem seien die Kosten für die beidseitige Aufstellung eines Gerüsts zur Durchführung der Arbeiten ein erheblicher Anteil in der gesamten Kostenschätzung, die im Übrigen

vom Büro Dorn erstellt worden sei. Diese Kostenschätzung beinhalte auch die zwingend notwendige Dachsanierung. Er betont, dass in der Kostenschätzung von 9 Mio. € für die Sanierung nur der Minimalaufwand berücksichtigt worden sei. Das erst kürzlich erstellte Schadstoffgutachten sei beispielsweise hierbei nicht berücksichtigt worden.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht deutlich, dass es in der Angelegenheit auch um die Einhaltung des Vertrages mit der Museum-Ludwig-Stiftung gehe. Sie gibt zu bedenken, dass die möglichen Kosten nach einer möglichen Sanierung für die Einrichtung eines Museumsbetriebes enorm sein würden. Deshalb sei sie mit der Stiftung so verblieben, dass sie gemeinsam mit dem Direktor des Museums Ludwig Dr. Dziwior versuche, auf einer realen Sichtweise eine weitere Halle zu finden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht deutlich, dass man hier über eine Angelegenheit diskutiere, die sehr viele Aspekte habe.

Herr Tautkus merkt an, dass die Politik ihrer Verantwortung nachgekommen sei, indem man zugestimmt habe die eingelagerten Kunstwerke woanders unterzubringen, nachdem bekannt geworden sei, dass die Halle Kalk einsturzgefährdet sei. Danach habe man zunächst die Ankündigung des Abrisses hingenommen, jedoch später an der Alternativlosigkeit gezweifelt. Er führt weiter aus, dass die Hallen grundsätzlich, wenn auch zu einem enormen Preis, sanierungsfähig seien. Aus seiner Sicht liege die Verantwortung bei der Politik, zu entscheiden ob und zu welchem Preis man eine Sanierung wolle. Er wundert sich, warum der Kulturdezernentin die Verantwortung in diesem Prozess übertragen worden sei. Im Übrigen sei nicht ganz klar geantwortet worden, wer bei der Stadt Köln der Eigentümer der Hallen sei. In diesem Zusammenhang fragt er, wer Mieter und Vermieter sei, wer die Verantwortung für die Instandsetzung habe und wer letztendlich für einen Abriss zuständig sei. Abschließend fragt er, ob es vielleicht unter der Hand bereits Planungen für die Fläche gebe und deshalb der Abriss durchgeführt werden solle.

RM Zimmermann kann die Handlungsweise der Beigeordneten unter den gegebenen Umständen nachvollziehen. Aus seiner Sicht gehe es in dem nun vorliegenden Dringlichkeitsantrag nicht darum die Entscheidung der Kulturdezernentin zu torpedieren, sondern um die Bereitschaft die Verantwortung zu übernehmen.

Auf Nachfrage von RM Zimmermann erklärt Herr Neugebauer, dass das Schadensbild in den letzten Jahren zugenommen habe, jedoch sei die Seite zum Ottmar-Pohl-Platz bereits 2011 einsturzgefährdet gewesen.

RM Zimmermann fragt, ob man die Halle zum damaligen Zeitpunkt hätte kostengünstiger sanieren können. Er vermutet, dass ein gewisses Interesse darin bestanden habe, die Hallen zu sanieren. Dies habe er in gewisser Weise den Aussagen des Geschäftsführers der Hempel Ingenieure GmbH entnommen.

Herr Neugebauer erläutert, dass der Sanierungsumfang annähernd gleich sei.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht deutlich, dass es bis zum 25. Februar 2015 Überlegungen für eine Sanierung gegeben habe.

RM Zimmermann möchte wissen, warum die Verwaltung nun davon abrücke die Hallen zu sanieren.

Herr Deutsch vertritt die Auffassung, dass die Beigeordnete die Verantwortung angesichts des Dringlichkeitsantrages nicht niederlegen könne. Sie habe weiterhin die Verantwortung für die Verkehrssicherheit auf dem Gelände und der einzige Weg dorthin sei seines Erachtens nicht unbedingt der Abriss der Hallen Kalk. Den Vergleich mit dem Einsturz des Historischen Archivs hält er in diesem Zusammenhang für unange-

messen. Es müssen geeignete Mittel zur Herstellung der Verkehrssicherheit ergriffen werden, die weit im Vorfeld eines Abrisses möglich seien. Er kritisiert, dass der Ausschuss im Vorfeld nicht über die Planungen einer möglichen Sanierung informiert worden sei. Stattdessen habe man die Kosten hierfür für zu hoch erachtet und demnach den Abriss der Hallen vorgeschlagen. Dies sei nach seiner Auffassung nicht die Aufgabe der Verwaltung, sondern der Politik. Er erwartet, dass der Kenntnisstand einer solchen Maßnahme dem Ausschuss Kunst und Kultur umfänglich mitgeteilt werde. Abschließend fragt er, welche konkreten Maßnahmen 2011 durchgeführt worden seien, nachdem man die Schäden an dem Dach festgestellt habe. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seitens des Museums Ludwig seien, nach seinem Kenntnisstand, aus Kostengründen abgelehnt worden.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach verweist in diesem Zusammenhang auf ihre einleitenden Worte zu Beginn der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt. Sie weist den Vorwurf, Dinge zu verschweigen weit von sich.

RM Welcker unterstreicht, dass sie durchaus Verständnis für die getroffene Entscheidung habe, nachdem man am 25. Februar 2015 die Nachricht erhalten habe, die Halle Kalk drohe einzustürzen. Was sie jedoch wundert ist, wie auf die Nachfragen reagiert worden sei und dass man erst heute erfahre, dass bereits seit 2011 umfangreich an der Halle gearbeitet werde und die Politik beispielsweise gar nicht wisse, welche Kosten hierfür entstanden seien. Aus ihrer Sicht vermische man Dinge die nicht zusammengehören. Der Abriss der Hallen müsse ihres Erachtens politisch entschieden werden. Ebenso eine mögliche kostenintensive Sanierung. Bei den Hallen Kalk müsse man auch das Denkmal und die Frage der geschichtlichen Wertigkeit betrachten und berücksichtigen. Die Frage des Museums sei davon völlig unabhängig. Sie hebt hervor, dass ihre Fraktion die Hallen erhalten wolle bzw. dies geprüft haben wolle. Insbesondere interessiert es sie, wie viele Kosten habe man bereits in die Sache hereingesteckt, wie hoch seien die endgültigen Kosten für eine Sanierung und muss diese zwingend durch die Stadt Köln durchgeführt werden. Schließlich gebe es hierfür auch andere Möglichkeiten.

RM von Bülow fragt, warum die Hallen Kalk nie im Sanierungsprogramm Kulturbauten aufgetaucht seien und warum es in den letzten Jahren keine Mitteilung über den Sachstand gegeben habe. Zudem möchte sie wissen, inwieweit die Bühnen in den gesamten Vorgang seit 2011 eingebunden und informiert gewesen seien. Außerdem erkundigt sie sich, warum die Hallen trotz möglicher Schadstoffbelastung begangen werden konnten. Sie macht abschließend darauf aufmerksam, dass in der letzten Sitzung gesagt worden sei, dass der Spielbetrieb der Bühnen unbeeinflusst weiter gehen werde. Obwohl in der Vergangenheit davon die Rede gewesen sei, dass die Bühnen die Halle künftig gar nicht mehr nutzen. Sie fragt, wie diese Diskrepanz zu erklären sei.

Referent Lohaus erklärt, dass die Halle Kalk grundsätzlich im Sanierungsprogramm erschienen sei. Hier sei die Dachsanierung mit einem Betrag in Höhe von 200.000 € aufgenommen worden. Zu den bisherigen Kosten erläutert er, dass sämtliche Maßnahmen in diesem Bereich über den Bauunterhalt des Museums Ludwig gelaufen seien und somit die Kosten allgemein bekannt seien. Er weist darauf hin, dass die Halle 75 den Bühnen per Ratsbeschluss übereignet worden sei. Die Hallen 76 und 77 befinden sich im allgemeinen städtischen Liegenschaftsvermögen und seien dem Museum Ludwig zur Nutzung überlassen worden. Dementsprechend gebe es keinen Mietvertrag und auch keine Mietzahlungen. Das Museum Ludwig habe die Hallen eigenständig zu bespielen. Die Gebäudewirtschaft sei vom Museum mit der Durchführung der bauerhaltenden Maßnahmen beauftragt worden. Dies sei selbstverständlich in Rechnung gestellt worden. Bei einer auf alle Hallen übergreifenden Maßnahme habe

es eine Kostenteilung zwischen dem Museum Ludwig und, den Bühnen im Verhältnis zwei zu eins, gegeben.

Herr Neugebauer stellt klar, dass es keine Sanierungsplanung gebe, sondern lediglich eine Konzeption.

Der geschäftsführende Direktor der Bühnen Wasserbauer erklärt, dass die Toilettenanlage befinde sich in der Halle 76, so dass man bei einem Abriss dieser Halle eine andere Lösung für die Bühnen finden müsse. Außerdem müsse man dann die Standicherheit der Halle 75 neu prüfen. Er führt weiter aus, dass im Zuge nach der Suche einer Interimsspielstätte die Überlegung im Raum gestanden habe, die Hallen 76 und 77 hierfür zu nutzen. Schauspielintendant Bachmann habe diesbezüglich auch Gespräche mit dem damaligen Direktor des Museums Ludwig Kaiser geführt. Hierbei habe man erfahren, dass dies nicht funktionieren werde, weil die Hallen für den Spielbetrieb des Schauspiels umfangreich hätten saniert werden müssen. Deshalb habe man sich damals für das Depot entschieden. Im Übrigen habe man die Halle 76 früher teilweise als Lagerraum genutzt.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es für wichtig zwischen den Fragen, warum man nicht informiert worden sei, dem derzeitigen Ist Stand und dem was nun zu tun sei zu unterscheiden. Dies gelte auch für die Stiftung des Museums Ludwig und die Nutzung der Halle durch die Bühnen. Dies müsse in der weiteren Debatte berücksichtigt, aber auch finanziell benannt werden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterbricht für eine kurze Pause die Sitzung.

Herr Dr. Wackerhagen teilt mit, dass sich die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion darauf geeinigt haben den Dringlichkeitsantrag wie folgt zu modifizieren. Der Ausschuss Kunst und Kultur möge beschließen, dass der angeordnete Abriss der Halle Kalk ausgesetzt wird. Ziel dieses Moratoriums ist die Überprüfung von Alternativen zum Abriss. Die Ergebnisse dieser Überprüfung sind dem Ausschuss transparent darzulegen.

Beschluss:

Der angeordnete Abriss der Halle Kalk wird ausgesetzt. Ziel dieses Moratoriums ist die Überprüfung von Alternativen zum Abriss.

Die Ergebnisse dieser Überprüfung sind dem Ausschuss transparent darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Schriftliche Anträge

6.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen"

Herr Prof. Schäfer macht auf einen gemeinsamen Änderungsantrag seiner Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufmerksam und bedauert, dass dieser nicht schriftlich vorliege. Er erklärt, dass der vorliegende Änderungsantrag ersetzt werden solle. Man wolle die Verwaltung auffordern, die vorhandenen Fördermittel für den Bereich Interkultur in einem Budget zusammen zu fassen. Dies soll den jeweiligen Sparten zugeordnet, von den jeweiligen Referentinnen und Referenten gemäß den

Grundsätzen des Förderkonzeptes Interkultur verteilt und dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Einmal jährlich erfolgt im Ausschuss für Kunst und Kultur, sowie im Integrationsrat ein Bericht über die bewilligten Förderungen nach Sparten.

RM Welcker beantragt, den Tagesordnungspunkt erneut zu verschieben und die schriftliche Vorlage des Änderungsantrages abzuwarten.

Der Ausschuss Kunst und Kultur einigt sich darauf, die Angelegenheit in der Sondersitzung am 6. Mai 2015 zu behandeln.

6.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Abriss der Halle Kalk" AN/0707/2015

Die Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 5.1 und 11.6 behandelt.

7 Allgemeine Vorlagen

7.1 Verlängerung des von der DFG finanzierten Projekts "Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen" in der Kunst- und Museumsbibliothek 3759/2014

RM von Bülow fragt, ob die Finanzierung der jährlichen Folgeerträge des Projektes für das Jahr 2016 ebenfalls sichergestellt sei.

Museumsreferent Troost bejaht dies und betont, dass es sich um den Förderzuschuss der DFG handele.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt die Verlängerung des zu 100 % von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts „Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen“ um einen Zeitraum von 17 Monaten.

Hierzu beschließt der Rat die Verlängerung der bislang bis zum 31.12.2014 befristet eingerichteten Vollzeitstelle Dipl. Bibliothekar/in, VGr. IVb BAT (EG 9 TVöD), um weitere 17 Monate ab Besetzung der Stelle.

Ebenso beschließt der Rat die Einrichtung einer weiteren halben Stelle Büchereiangestellte/r VGr. VIII BAT (EG 3 TVöD) zur Unterstützung des Projektes befristet für den Zeitraum von 16 Monaten ab Besetzung der Stelle.

Die vorgenannten Veränderungen werden zum Stellenplan 2015 berücksichtigt. Für die Fortführung des Projektes wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt.

Für die Stadt Köln entstehen keine Kosten, das Projekt ist zu 100 % fremdfinanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.2 Ankauf des Kunstwerkes "Untitled" von Kai Althoff für das Museum Ludwig
0778/2015**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt den Ankauf des Kunstwerkes „Untitled“ von Kai Althoff für das Museum Ludwig.

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme folgenden Beschlusses:

2. Der Finanzausschuss beschließt im Rahmen des § 82 GO (Vorläufige Haushaltsführung) die Freigabe in Höhe von 373.600 Euro (entspricht ca. 333.300 US \$ zuzüglich Einfuhrumsatzsteuer in Höhe von ca. 59.650 Euro; der Freigabebetrag kann je nach Wechselkurs zum Kaufdatum *abweichen*) im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.3 Programmierung eines Restaurierungs- und Dokumentationsmoduls
0915/2015**

RM Dr. Elster ist der Auffassung, dass der Ausschuss Kunst und Kultur zunächst über den Bedarf hierfür zu beschließen habe und danach müsse man eine Ausschreibung durchführen. Seine Fraktion habe deshalb rechtliche Bedenken über die Vergaberelevanz. Er bittet die Verwaltung um eine vergaberechtliche Bewertung und schlägt vor, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Herr Tautkus spricht sich ebenfalls für eine Ausschreibung aus.

RM von Bülow weist in diesem Zusammenhang auf die Begründung der Verwaltung hin und spricht sich dafür aus, der Vorlage zuzustimmen.

Der stellvertretende Leiter des Historischen Archivs Dr. Fischer weist darauf hin, dass das System bereits grundsätzlich vorhanden sei und es gehe nun darum ein zusätzliches und für die Restaurierungsdokumentation passendes System einzubinden. Er weist außerdem auf die Dringlichkeit der Sache hin und dass man momentan in dem Bereich noch analog arbeite. Durch den Einsatz des Moduls könne man die Arbeitsabläufe wesentlich effizienter gestalten.

Auf Nachfrage von Herrn Prof. Schäfer erklärt er, dass das Vergabeverfahren noch durchlaufen werde und zunächst der Bedarf beschlossen werden soll.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fragt, warum man erst jetzt mit dem Einsatz eines Restaurierungs- und Dokumentationsmoduls beginne.

Herr Dr. Fischer erläutert, dass man erst die genauen Abläufe kennen müsse, bevor man sie programmieren lassen könne. Dies habe man beispielsweise mit der Bergungserfassung getan

RM Welcker zeigt sich irritiert über den letzten Satz des Beschlusstextes in dem stehe, dass auf die Erteilung des Vergabevorbehaltes verzichtet werde.

Referent Lohaus erklärt, dass der Fachausschuss auf die Erteilung des Vergabevorbehaltes verzichte, damit die Fachverwaltung entscheiden könne, welche Lösung am besten in Frage käme.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstreicht, dass der Ausschuss Kunst und Kultur den Bedarf für den Einsatz eines Restaurierungs- und Dokumentationsmoduls feststelle, damit die Verwaltung eine sinnvolle Vergabe durchführen könne.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur erkennt den Bedarf des Historischen Archivs zur Programmierung eines Restaurierungs- und Dokumentationsmoduls für das Historische Archiv einschließlich des Einlesens der bereits vorliegenden Laufzettel, anfallender Kosten für Abstimmung, Beratung, Schulung und des notwendigen Wartungs- und Pflegevertrags an.

Die voraussichtlichen Kosten betragen investiv einmalig ca. 200.000 €. Konsumtiv werden einmalige Kosten i.H.v. rund 247.000 € sowie 30.000 € jährlich anfallen.

Die anfallenden investiven Kosten wurden zum Haushaltsplan 2015 angemeldet und stehen im Teilfinanzplan 0412-Historisches Archiv zur Verfügung.

Die anfallenden konsumtiven Kosten werden aus der in 2009 aufwandswirksam gebildeten Restaurierungsrückstellung finanziert und sind in den Jahren 2015 ff. daher nicht ergebniswirksam. Die Finanzmittel zur Inanspruchnahme der Rückstellung stehen im Teilfinanzplan 0412-Historisches Archiv zur Verfügung.

Auf die Erteilung des Vergabevorbehaltes wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.4 Erneuerung RLT-Anlagen im Museum Ludwig 1846/2014

Herr Dr. Wackerhagen fragt, ob ein Teilersatz von vier RLT-Anlagen im Museum Ludwig überhaupt ausreichend sei. Außerdem möchte er wissen, ob für jede der einzelnen Anlagen Planungskosten seitens des Ingenieurbüros erhoben werden. Abschließend erkundigt er sich nach dem Zustand der RLT-Anlagen in den übrigen Museen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister spricht sich dafür aus, in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen, damit es im Museum Ludwig voran gehe. Im Übrigen hält sie den Begründungstext der Vorlage für sehr informativ.

Referent Lohaus macht darauf aufmerksam, dass man die RLT-Anlagen nicht gleichzeitig austauschen könne, da sonst die notwendige Klimatisierung in dem Museum nicht vorhanden sei. Die Planungskosten in Höhe von 40.000 € seien für eine Gesamtsanierung vorgesehen. Grundsätzlich werde man sämtliche Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit und die technische Ausstattung des Museums aufrecht zu erhalten. Selbstverständlich werde die Verwaltung hierzu entsprechende Vorlagen dem Ausschuss vorlegen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen des § 82 GO NW und auf Grundlage der Entwurfsplanung des Ingenieurbüros Peter Bayer mit der Aus- und Fortführung der Maßnahme „Teilersatz von vier RLT-Anlagen im Museum Ludwig“ mit einem Kostenvolumen von rd. 1.200.000 €.
2. Gleichzeitig beschließt der Rat die Mittelfreigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.200.000 € bei Finanzstelle 4511-0402-0-0060 – Erneuerung RLT-Anlage, in Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig zwecks Erneuerung von vier RLT-Anlagen im Museum Ludwig.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.5 Realisierung des Projektes "Restlicht. Eine temporäre Gedenkskulptur" 0542/2014

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach weist darauf hin, dass der Kunstbeirat den temporären Projektvorschlag in seiner letzten Sitzung ausführlich unter der Teilnahme von Herrn Pfarrer Beuscher beraten habe. Der vom Künstler Werner Mally wegen der besonderen Sichtachsen ausgesuchte Aufstellort auf dem städtischen Teil des Albertus-Magnus-Platzes, nämlich der Brücke, habe sich als sehr problematisch, hinsichtlich der statischen und technischen Voraussetzungen, erwiesen. Da zunächst die erforderlichen statischen Prüfungen und internen Genehmigungsverfahren der technischen Fachämter abgewartet werden mussten, habe dies leider zu einer erheblichen Verzögerung bei der Erstellung der Beschlussvorlage geführt. Zudem sei die Einverständniserklärung der Erbin, Judith Grümmmer, den Platz für das temporäre Projekt zu nutzen, eingeholt worden, da es sich bei der Fläche um eine integrale künstlerische Gestaltung von Jürgen Hans Grümmmer handele. Zuständig für diese Genehmigung sei der Stadtdirektor (Ordnungsamt). Sie macht darauf aufmerksam, dass der Kunstbeirat die Stellungnahme von Herr Dr. Stahl, Kunsthistoriker und Mitglied des Kunstbeirates, zu dieser Thematik zur Verfügung gestellt habe. Im Übrigen habe der Kunstbeirat sich einstimmig für die Genehmigung des 6-wöchigen, temporären Projektes ausgesprochen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für die Hinweise der Verwaltung, insbesondere bezüglich des Zeitfensters.

RM von Bülow fragt, ob durch die zusätzlichen Arbeiten, die seitens der Feuerwehr und des Straßenbauamtes zur Umsetzung des Projektes geleistet werden sollen, weitere Kosten für die Stadt Köln entstehen.

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass in der Vorlage fälschlicherweise Hans Jürgen Grümmmer stehe und nicht Jürgen Hans Grümmmer.

RM Stahlhofen bezweifelt, dass das Projekt zu realisieren sei und macht auf gewisse Sicherheitsrisiken aufmerksam. Außerdem weist sie darauf hin, dass am Appellhofplatz bereits ein ähnliches Denkmal stehe. Sie hält den Aufwand und die entstehenden Kosten für eine temporäre Aufstellung der Skulptur für zu aufwendig.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass nach ihrem Wissensstand der Stadt Köln keine Kosten entstehen. Im Übrigen zeigt sie auf, dass die Anfrage bereits vor einem Jahr der Stadtverwaltung und dem Kunstbeirat vorgelegen habe und bittet deshalb darum, solche Verfahren im Sinne der Künstler und der Stadt Köln zu optimieren.

Frau Brunn erklärt, dass der Kunstbeirat nach langer Diskussion dem Projekt zugestimmt habe. Unter anderem weil es sich um eine temporäre Gedenkskulptur handele. Außerdem sei darum gebeten worden, den Kunstbeirat bei solchen Projekten nicht nur anzuschreiben sondern auch entsprechend einzuschalten.

Referent Lohaus erläutert, dass es das Angebot der Feuerwehr und des Bauamtes gegeben habe, unterstützend einzugreifen, welches jedoch nicht aufrechterhalten werden könne. Von daher übernehme Pfarrer Beuscher die Gesamtkosten des Projektes.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält dieses Engagement für bemerkenswert.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt der Bezirksvertretung Lindenthal die Annahme folgenden Beschlusses:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Antragsteller eine ordnungsbehördliche Erlaubnis zur temporären Realisierung des Projektes „Restlicht. Eine temporäre Gedenkskulptur“ zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich –gegen die Fraktion Die Linke- zugestimmt.

7.6 Ankauf eines Breviers des Kölner Erzbischofs Hermann von Hessen 1136/2015

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt den Ankauf eines Breviers des Kölner Erzbischofs Hermann von Hessen (um 1485) zum Preis von 270.000 € unter der Voraussetzung einer anteiligen Drittmittel Förderung in Höhe von 180.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Sonderausstellungen

8.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen - Fortschreibung 2015 0839/2015

RM von Bülow erinnert an ihre umfangreiche Anfrage zu den Sonderausstellungen aus der letzten Sitzung und merkt an, dass sie diese im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage eigentlich benötige.

Museumsreferent Troost erklärt, dass sich die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die Abrechnung von Sonderausstellungen bezogen habe. Dies habe nichts mit der Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen zu tun. Er merkt an, dass er an der Beantwortung der umfangreichen Anfrage arbeite und diese schnellstmöglich dem Ausschuss vorlegen werde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, in der heutigen Sitzung den Beschluss zur Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen fasse. Schließlich schöpfe man den Sonderausstellungsetat damit nicht komplett aus. Sie bittet dennoch darum die Beantwortung der Anfrage zeitnah vorzulegen, damit dies gesamt betrachtet werden könne.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel für die in der Beschlussbegründung aufgeführten Ausstellungsprojekte der Museen unter dem Vorbehalt, dass Maßnahmen, bei denen Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € auftreten, zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden. Der Beschluss ergeht zudem unter dem Vorbehalt, dass sich aus dem weiteren Hpl.-Verfahren 2015 ergebende Änderungen in der Budgetierung der Museen auch auf die Mittelverwendung der diesem Beschluss zu Grunde liegenden Ausstellungskalkulationen niederschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Annahme von Schenkungen

**9.1 Annahme einer Schenkung an das Museum Ludwig
hier: Schenkung von zehn Fotografien aus China (um 1860) durch Herrn
Dr. Detlef Siemssen
0802/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat nimmt die Schenkung der Fotografien aus China (um 1860) durch Herrn Dr. Detlef Siemssen an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.2 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung von 48 Fotografien von Andy Warhol durch die Andy
Warhol Foundation
0952/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln nimmt mit Dank das Schenkungsangebot der 48 Fotografien von Andy Warhol durch die Andy Warhol Foundation an.

Der Rat beschließt im Rahmen des § 82 GO (Vorläufige Haushaltsführung) die Freigabe in Höhe von 15.000€ (Einfuhrumsatzsteuer; entspricht 19% des Gesamtwertes der Kunstwerke in Höhe von 78.702€) im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Mitteilungen der Verwaltung

11.1 Berichtspflicht gem. § 42 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, Bericht an den Ausschuss Kunst und Kultur 0616/2015

RM von Bülow beantragt, den Jahresbericht erst in der nächsten Sitzung zu behandeln. Im Übrigen habe sie noch einige Nachfragen.

RM Welcker fügt hinzu, dass der Bericht relativ spät vorgelegt worden sei. Sie könne in der heutigen Sitzung dazu noch keine Nachfragen formulieren könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es unter diesen Umständen für sinnvoll, dass die einzelnen Fraktionen ihre Nachfragen schriftlich bei der Verwaltung einreichen, damit diese zur nächsten Sitzung beantwortet werden können.

Die Angelegenheit wird in der nächsten regulären Sitzung behandelt.

11.2 Regelmäßige Unterrichtung des Ausschusses Kunst und Kultur über die Führung der Denkmalliste, Zeitraum vom 01.01.2013 - 31.12.2014 0907/2015

Die Angelegenheit wird in der nächsten regulären Sitzung behandelt.

11.3 Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2014-2020 am 5.3.2015 0847/2015

RM von Bülow stellt bezüglich des StadtLabors für den urbanen Raum dar, dass laut Jahresbericht das Projekt abgeschlossen sei und dem Ergebnisprotokoll des Kunst-

beirates sei zu entnehmen, dass es fortgeführt werde. Sie bittet darum, den Widerspruch zu erklären.

Referent Lohaus erklärt, dass die Arbeit des ersten Teams des StadtLabors abgeschlossen sei. Das StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum soll weiter fortgeführt werden und deshalb soll eine neue Ausschreibung zur Gewinnung eines neuen Teams für ein neues Planquadrat erfolgen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.4 Optimierung von Bewilligungsbescheiden bei der Gewährung von institutioneller Förderung 1181/2015

Die Angelegenheit wird in der nächsten regulären Sitzung behandelt.

11.5 Neubesetzung der Direktorenstellen und anderer Leitungspositionen 1213/2015

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.6 Abriss der Hallen Kalk 1283/2015

Siehe Tagesordnungspunkt 5.1 und 6.2.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12 Mündliche Anfragen

12.1 Ufermauer in Köln-Porz – 2. Bauabschnitt

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand und dem Zeitraster des 2. Bauabschnitts an der Ufermauer in Köln-Porz. Sie weist in diesem Zusammenhang auf einen Ratsbeschluss von 2012 hin, der festgelegt habe sich in einer finanziellen Größenordnung von 300.000 € zu engagieren. Im Moment sei die Befestigungsmauer mit Zäunen abgeschirmt und dies wirke eher so, als gebe es keinen 2. Bauabschnitt.

Stadtkonservator Dr. Werner weist darauf hin, dass für dieses Projekt nun das Baudezernat federführend zuständig sei. Die Baumaßnahmen, die den Denkmalsbereich betreffen wie beispielsweise der Pavillon und die Treppenanlage werden in der kommenden Woche abgeschlossen sein. Es werde noch ein ehrenamtliches Engagement bezüglich des Schieferdaches auf dem Pavillon geben. Der Beginn hierfür stehe jedoch noch offen. Die Materialkosten für die Maßnahme übernehme die Stadt Köln. Er berichtet weiter, dass die Mauer nicht weiter Teil seines Aufgabengebietes sei, weil sich durch die Statik herausgestellt habe, dass eine Sanierung der Mauerschale nicht mehr möglich sei. Deshalb müsse man nun von einer Neuerrichtung einer Mauer sprechen und an dieser Stelle erlischt der Denkmalschutz. Die weiteren Planungen hierfür müsse das Baudezernat erläutern.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, den Ausschuss Kunst und Kultur über die weiteren Planungen zu informieren.

12.2 Bahnhof Belvedere

Frau Brunn stellt dar, dass für das Denkmal Bahnhof Belvedere Bundes- und Landesmittel verschiedener Stiftungen eingeworben worden seien. Hierfür müsse ein Ratsbeschluss herbeigeführt werden. Sie erkundigt sich nach dem Stand der Dinge.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass derzeit eine entsprechende Beschlussvorlage vom federführenden Liegenschaftsamt erstellt werde. Das Kulturdezernat habe stets mit Nachdruck die Angelegenheit begleitet. Schließlich wolle man nicht, dass die Mittel verfallen.

Herr Prof. Schäfer hält es für dringend notwendig, dass die Beschlussvorlage am 12.05.2015 dem Rat vorgelegt werde.

12.3 100 Jahre Da Da Bewegung

RM Zimmermann macht darauf aufmerksam, dass sich 2016 die Da Da Bewegung zum hundertsten Mal jähre. Köln sei neben Berlin und Zürich eine Metropole dieser Bewegung gewesen. Er fragt, ob es zu diesem Ereignis Planungen seitens der Museen gebe.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach bedankt sich für die Anregung und sagt zu, diese an die Museen weiterzuleiten.

12.4 Bronzeskulptur auf dem kleinen Offenbachplatz

Herr Dr. Krings weist darauf hin, dass auf dem kleinen Offenbachplatz, südlich des Opernhauses, bis zum Beginn der Baustelleneinrichtung eine Bronzeskulptur gestanden habe. Den bisherigen Planungen zur Gestaltung des Platzes entnehme er, dass die Skulptur nicht zurückkehren soll. Er fragt in diesem Zusammenhang, wo sie nun künftig installiert werde und regt an, diese in das Foyer des sanierten Schauspielhauses zu transferieren.

Referent Lohaus berichtet, dass nach seinem Kenntnisstand die Bronzeskulptur an der ursprünglichen Stelle aufgestellt werden solle. Im Übrigen habe der Kunstbeirat sich bereits mit dem Thema auseinandergesetzt.

12.5 Ma'alot

RM Dr. Elster erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich des Denkmals Ma'alot. Er habe gehört, dass die dazugehörige Grünfläche bei der Sanierung der Platzfläche zerstört wurde und fragt, wann das gesamte Denkmal wieder rekonstruiert sei.

Die stellvertretende Direktorin des Museums Ludwig Baudin berichtet, dass es diesbezüglich kürzlich Gespräche mit dem für die Platzsanierung zuständigen Amt für Straßen- und Verkehrstechnik sowie dem Grünflächenamt und dem Architektenbüro gab an den auch der Künstler Dani Karavan teilgenommen habe. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Sanierungsarbeiten des Platzes, wegen den Proben und Auführungen in der Philharmonie, nachts durchgeführt werden. Es habe außerdem eine Änderung in der Verfahrensweise zur Verlegung der Ziegelsteine gegeben, da diese dicker seien als die ursprünglich verlegten Steine des Platzbodens. Der Künstler Dani Karavan habe dies begutachtet und zeigte sich mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden. Es sei nun geplant, dass die Arbeiten bis zum Sommer dieses Jahres abgeschlossen sein sollen. Gleichzeitig sei ihr die Sanierung der dazugehörigen Grünflä-

chen wichtig. Hierzu gebe es gemeinsam mit dem Architekten und dem Künstler die Vereinbarung eine sogenannte Testfläche zu errichten. Das Ergebnis werde dem Künstler anhand von Fotos vorgelegt und danach werde es eine Entscheidung über die weitere Verfahrensweise geben. Sie zeigt auf, dass das Grünflächenamt signalisiert habe, hierfür keine finanziellen Mittel zur Verfügung zu haben, so dass hierüber zunächst beraten werden müsse. Abschließend weist sie darauf hin, dass die Stele gereinigt werde. Hierfür sei das Museum Ludwig zuständig und diese Maßnahme koste etwa 5000 €. Demnach werde die Grundsanierung des Denkmals, bis auf die südliche Grundfläche, bis zum Sommer fertiggestellt sein.

Herr Sörries erkundigt sich, ob es durch die Änderung der Pflaster bzw. Ziegelsteine Mehrkosten entstanden seien.

Frau Baudin erklärt, dass dies innerhalb des Gesamtkostenrahmens liege.

12.6 Neuordnung der Museen

Herr Dr. Wackerhagen fragt nach dem aktuellen Sachstand über die Diskussion zur Neuordnung der Museen.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach berichtet, dass die erste Diskussionsrunde mit den Museumsdirektoren und den involvierten Dezernaten beendet sei und man die Ergebnisse derzeit zusammenfasse. Hierüber werde man den Ausschuss Kunst und Kultur rechtzeitig informieren. Sie fügt hinzu, dass sie von einer ersten Runde spreche, weil dieser Fortentwicklungsprozess stets weitergeführt werde. Dies sei auch im Sinne der einzelnen Museen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Wackerhagen teilt die Beigeordnete Laugwitz-Aulbach mit, dass die ersten Ergebnisse vor Sommerpause dem Ausschuss zur Kenntnis vorgelegt werden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)